

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.12.2020
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Doris Grote

Herr Arne-Michael Berg

Vertretung für: Herrn Sönke
Siebke

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Herr Torsten Kowitz

Herr Matthias Malassa

Herr Martin Ahrens

Frau Rita Marcussen

Frau Hella Dorando-Marsch

Herr Arne Hansen

Herr Klaus-Peter Schroeder

Herr Heiko Evermann

Herr Toni Köppen

Herr Holger Weihe

Herr Thomas Thedens

Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Frau Rosemarie Jahn

Herr Rainer Schuchardt

Herr Wrage Geschäftsführer WKS

Herr Landrat Schröder

Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr,
Verbraucherschutz

Herr Stankat Jugendamtsleiter

Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprü-
fung

Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Sönke Siebke

-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2020
 - 2.3 Informationen des Landrates
 - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Teilung des jetzigen Fachbereiches III "Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit" in einen Fachbereich III "Soziales, Arbeit und Gesundheit" und einen Fachbereich V "Jugend und Bildung"
Vorlage: DrS/2020/298
 - 3.2 Schulentwicklungsplan (SEP) der BBZ im Kreis Segeberg 2020
Vorlage: DrS/2020/231
 - 3.3 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung für Schleswig-Holstein über die Durchführung der bodengebundenen Intensivtransporte
Vorlage: DrS/2020/238
 - 3.4 Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt zur Übertragung der Aufgaben der Geschwindigkeitsüberwachung zur Umsetzung straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen aus Lärmschutzgründen sowie der Rotlichtüberwachung für das Gebiet der Stadt Norderstedt
Vorlage: DrS/2020/242
 - 3.5 Erneute Corona-bedingte Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung vom 12.12.2014 zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisdjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V. bis zum 30.06.2021
Vorlage: DrS/2019/326-3
 - 3.6 Antrag der AfD-Fraktion zur Veröffentlichung einer Coronastatistik
Vorlage: DrS/2020/286

- 3.6.1 Stellungnahmen zum Antrag der AfD-Fraktion zur Veröffentlichung einer Coronastatistik
Vorlage: DrS/2020/286-1
- 3.7 Antrag der Fraktion WI-SE auf ein unentgeltliches ÖPNV-Schülerticket
Vorlage: DrS/2020/294
- 3.8 Prüfauftrag der Fraktion WI-SE zur Schülerbeförderung
Vorlage: DrS/2020/293
- 3.9 BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR Jahresabschluss 2019
Vorlage: DrS/2020/230
- 3.10 Kenntnisnahme und Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2021 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise (KOSOZ AöR)
Vorlage: DrS/2020/273
- 3.11 Neufassung der Organisationssatzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise (KOSOZ AöR)
Vorlage: DrS/2020/271
- 3.12 Neufassung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg 2020
Vorlage: DrS/2020/297
- 3.13 Änderungsliste zum Haushalt 2021
- 4 Berichte/Informationen
 - 4.1 Sachstand Oktober 2020 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2016/2017, 2014/2015, 2012/2013
Vorlage: DrS/2020/290
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II
- (nichtöffentlich)**
 - 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises
 - 8 Flugplatz Wahlstedt / Verkauf an Luftsportverein Kreis Segeberg e. V.
Vorlage: DrS/2020/211

(öffentlich)

8.1 Bekanntgabe des nichtöffentlich gefassten Beschlusses

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Kowitz beantragt, die Änderungsliste als neuen TOP zur Beratung und Kenntnisnahme aufzunehmen, da diese erst kurz vor der Sitzung zur Verfügung gestellt wurde. Der TOP wird als 3.13 eingefügt.

Herr Köppen teilt mit, dass der Antrag zu TOP 3.7 zurückgezogen worden sei, der TOP entfällt somit.

Die Niederschrift vom 29.10.2020 wurde bereits in der Sitzung am 26.11.2020 genehmigt, der TOP 2.2. entfällt ebenfalls.

TOP 7 und 8 werden nichtöffentlich beraten, TOP 8.1 (Bekanntgabe des nichtöffentlichen Beschlusses) wird neu eingefügt.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

Der Landrat berichtet über folgende Themen:

- Mit Stand Anfang November seien dem Kreis 413 Flüchtlinge zugewiesen worden, bis zum Jahresende werden rund 500 Flüchtlinge erwartet. Es werden verstärkt Zuweisungen an die Kommunen praktiziert.
- Derzeit werden die Impfzentren eingerichtet, zur Entlastung des Infektionsschutzes sei der Katastrophenschutz hier federführend. Im Impfzentrum Wahlstedt gebe es am 2. Dezember eine Pressekonferenz. Es fehle noch die Software für die Terminzuweisungen, für die Bereitstellung und die Termin-

koordinierung sei das Land zuständig. Es haben sich in Schleswig-Holstein bereits 1000 Ärzte und 600 medizinische Fachkräfte gemeldet, um in den Impfzentren zu unterstützen.

- Aus dem gesamten Haus gebe es breite Unterstützung im Infektionsschutz, auch die Kollegen aus dem RPA würden unterstützen, obwohl dies formal nicht erlaubt sei. Auf Nachfrage von Herrn Köppen erklärt der Landrat, dass es Anfragen aus der Bevölkerung zwecks Unterstützung gegeben habe, allerdings sei dies nur sinnvoll, wenn eine gewisse Mindeststundenzahl erfüllt werden könne.
- Für die Rettungswache Bad Bramstedt habe es 2 Gebote gegeben, allerdings hätten beide Bieter ihr Angebot zurückgezogen. Anfang 2021 werde ein neues Verfahren eröffnet.
- Der Rettungsdienstvertrag mit der Stadt Neumünster sei außerordentlich gekündigt worden, jedoch habe die Stadt diese nicht angenommen und in eine ordentliche Kündigung umgewandelt, so dass der Vertrag nun bis Ende 2021 laufe.
- Der Landrat gibt den Schuldenstand zu Protokoll. Dieser befindet sich in der Anlage zu diesem TOP.

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident teilt mit, dass die Kreistagssitzung am 03.12.2020 um 18.00 Uhr in der Kreissporthalle stattfindet.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Teilung des jetzigen Fachbereiches III "Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit" in einen Fachbereich III "Soziales, Arbeit und Gesundheit" und einen Fachbereich V "Jugend und Bildung" **Vorlage: DrS/2020/298**

Herr Kowitz bittet darum, im Nachgang ein neues Organigramm zur Verfügung zu stellen. Auf Nachfrage von Herrn Evermann erklärt der Landrat, dass die Teilung keinen Einfluss auf die Anzahl von Stellen habe. Herr Stankat übernehme die Leitung des Fachbereichs „Jugend und Bildung“, die neue Fachbereichsleitung werde für „Soziales, Arbeit und Gesundheit“ zuständig sein. Beide Stellen gebe es bereits, lediglich die Bewertung von Herrn Stankats Stelle sei zu überprüfen.

Der Kreispräsident erkundigt sich, ob die Steuerung über beide Fachbereiche hinaus später gewährleistet sei, denn aus diesem Grund sei damals ein großer Fachbereich eingerichtet worden. Der Landrat teilt mit, dass dies Teil der strategischen Ziele sei und eine Kernaufgabe darstelle. Bei der Personalauswahl werde dieses ein wichtiges Kriterium sein. Frau Grote bittet um einen Erfahrungsbericht in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses. Der Landrat erklärt, dass eine Besetzung frühestens im Frühsommer erfolgen werde, so dass ein Erfahrungsbericht vor Ende des Jahres 2021 nicht sinnvoll sei.

Beschlussvorschlag:

Der Fachbereich III „Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit“ wird auf Vorschlag des Landrates in die Fachbereiche III „Soziales, Arbeit und Gesundheit“ und Fachbereich V „Jugend und Bildung“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit der erfolgten Stellenbesetzung der neuen Fachbereichsleitung III „Soziales, Arbeit und Gesundheit“, spätestens jedoch zum 01.07.2021, geteilt. Der Kreistag widerspricht nicht diesem Vorschlag zur Änderung der Verwaltungsgliederung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3.2 Schulentwicklungsplan (SEP) der BBZ im Kreis Segeberg 2020 Vorlage: DrS/2020/231

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Schulentwicklungsplan des Kreises Segeberg – Schuljahr 2019/20 wird in der Fassung des Standes Oktober 2020 zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige Stellungnahmen zu Sachständen auf Basis dieser Planung abzugeben.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige redaktionelle Änderungen am Text des Planes und erläuternde Ergänzungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.3 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung für Schleswig-Holstein über die Durchführung der bodengebundenen Intensivtransporte Vorlage: DrS/2020/238

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag des Kreises Segeberg beschließt:

Die Durchführung der bodengebunden Intensivtransporte wird auf die Landeshauptstadt Kiel und die Hansestadt Lübeck übertragen. Der Landrat wird ermächtigt den auf Landesebene entwickelten Mustervertrag (Anlage 1) für den Kreis Segeberg zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.4 Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt zur Übertragung der Aufgaben der Geschwindigkeitsüberwachung zur Umsetzung straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen aus Lärmschutzgründen sowie der Rotlichtüberwachung für das Gebiet der Stadt Norderstedt Vorlage: DrS/2020/242

Herr Evermann spricht sich dafür aus, das erfolgte Experiment auslaufen zu lassen und auszuwerten. Eine Verlängerung um weitere 5 Jahre halte er für zu lange und stellt den Antrag, die Erprobungsphase nur um 2 Jahre zu verlängern. Herr Schröder teilt mit, dass es sich bei der Geschwindigkeitsmessung wegen Lärmschutz um ein neues Aufgabenfeld handele, das nicht nach zwei Jahren ausgewertet werden könne.

Herr Berg möchte wissen, ob der Kreis in der Lage sei, die Aufgabe 1:1 zu übernehmen. Der Landrat erklärt, dass dies eine Anlaufzeit benötige, da es keine Personalressourcen gebe.

Antrag der AfD-Fraktion:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, den Abschluss des der Vorlage anliegenden Öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt zur Übertragung der Aufgaben der Ge-

geschwindigkeitsüberwachung zur Umsetzung straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen aus Lärmschutzgründen sowie die Rotlichtüberwachung für das Gebiet der Stadt Norderstedt. Der Vertrag wird für 2 Jahre abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	1	11		12

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, den Abschluss des der Vorlage anliegenden Öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt zur Übertragung der Aufgaben der Geschwindigkeitsüberwachung zur Umsetzung straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen aus Lärmschutzgründen sowie die Rotlichtüberwachung für das Gebiet der Stadt Norderstedt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

zu 3.5 Erneute Corona-bedingte Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung vom 12.12.2014 zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V. bis zum 30.06.2021 Vorlage: DrS/2019/326-3

Der Landrat teilt mit, dass es sich um einen technischen Beschluss handele, da die Kreisjägerschaft coronabedingt noch nicht getagt habe.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung fristwährend mit der Verlängerung der Leistungsvereinbarung vom 12.12.2014 bis zum 30.06.2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.6 Antrag der AfD-Fraktion zur Veröffentlichung einer Coronastatistik**Vorlage: DrS/2020/286**

Herr Evermann erläutert den Antrag. Für die Städte Neumünster und Flensburg würden Zahlen veröffentlicht werden, da diese Städte kreisfrei seien. Die Stadt Norderstedt sei ähnlich groß, aber es würden keine Zahlen veröffentlicht. Der Kreis sei flächenmäßig sehr groß und die Infektionszahlen für das gesamte Kreisgebiet seien für den Bürger nicht aussagekräftig. Gemäß Informationszugangsgesetz bestehe sogar eine Verpflichtung, die Bevölkerung zu informieren. Die Grenze bestehe klar dort, wo Einzelfälle nachvollziehbar seien.

Herr Schuchardt verweist auf die Stellungnahme des Innenministeriums, wonach der Landrat nicht verpflichtet sei, Zahlen zu veröffentlichen. Es handle sich hier nicht um eine Sache der Selbstverwaltung, sondern um einen juristischen Abwägungsprozess, seine Fraktion werde den Antrag im Kreistag ablehnen. Herr Schroeder sehe zudem keinen Nutzen für den Bürger durch die Veröffentlichung von Infektionszahlen. Es entstehe schnell eine falsche Sicherheit, wenn die Zahlen in der eigenen Heimatgemeinde gerade niedrig sind. Herr Evermann erklärt, der Bürger entscheide selber über das notwendige Verhalten, hierfür sei eine umfassende Information notwendig.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung des Kreises Segeberg veröffentlicht wöchentlich die aktuellen Coronainfektionszahlen (aktuell infiziert, gesamt infiziert, verstorben) auf Ebene der Städte, der amtsfreien Gemeinden bzw. Ämter.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt		11		12

zu 3.6.1 Stellungnahmen zum Antrag der AfD-Fraktion zur Veröffentlichung einer Coronastatistik
Vorlage: DrS/2020/286-1

S. TOP 3.6

zu 3.8 Prüfauftrag der Fraktion WI-SE zur Schülerbeförderung
Vorlage: DrS/2020/293

Herr Köppen erläutert den Antrag und erklärt, dass Herr Mozer in der Presse zitiert wurde, dass kein politischer Auftrag zur Prüfung vorliege. Dieses solle nun nachgeholt werden. Herr Kowitz verweist auf die Zuständigkeit des UNK.

Laut Herrn Hansen habe es bereits Gespräche mit der SVG gegeben. In den nächsten 6 Monaten könnten lediglich 6 weitere Busse zur Verfügung gestellt werden, was die Situation kaum ändere. Er schlägt deshalb eine Dynamisierung des Antrags vor, dass mit den Schulen über die Änderung bzw. Anpassung der Schulanfangs- und endzeiten gesprochen werden könne. Der Landrat könnte einen Appell an die Schulen richten, mehr sei von Kreisseite jedoch nicht möglich.

Frau Lessing weist darauf hin, dass das Kultusministerium für die Änderung von Stundenplänen zuständig sei. Zudem sei die Erstellung von Stundenplänen viel Arbeit. Der Landrat gibt außerdem zu bedenken, dass eine spätere Anfangszeit viele Eltern vor Probleme bei der Betreuung stellen werde, da z. B. die Arbeitszeiten hierauf abgestimmt seien. Die Eltern müssten zwingend eingebunden werden. Herr Thedens schlägt alternativ eine Kombination aus Präsenzunterricht und Home-schooling vor, so dass jeweils nur die Hälfte der Schüler*innen in die Schule fahren. Herr Evermann hält eine Verschiebung des Beschlusses in den Kreistag im März für zu spät und spricht sich für die schnellstmögliche Umsetzung von geänderten Schulanfangszeiten aus.

Herr Köppen fasst zusammen, dass eine schnelle Lösung nicht möglich sei, hier müsse die Politik sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, dass seit März nicht an Lösungen gearbeitet worden sei. Frau Lessing schlägt vor, den Beschlussvorschlag um den Passus „Gleichzeitig schreibt der Landrat die Schulen an und bittet um Mitwirkung“ zu ergänzen.

Beschlussvorschlag:

Die WI-SE Fraktion beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Maßnahmen vom Kreis Segeberg getroffen werden können, um die Beförderung von Schüler*innen mittels des ÖPNV zu entzerren und damit zum Schutz der Gesundheit und der Einhaltung von Schutzmaßnahmen beizutragen. Etwaige Konzepte sind bis zur nächsten Sitzung des UNK vorzulegen und die Kosten zu ermitteln. Gleichzeitig schreibt der Landrat die Schulen an und bittet um Mitwirkung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.9 BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR Jahresabschluss 2019

Vorlage: DrS/2020/230

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt die Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2019 des BBZ Bad Segeberg AöR und des BBZ Norderstedt AöR zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.10 Kenntnisnahme und Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2021 des gemeinsamen Kommunalunternehmens Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise (KOSOZ AöR)

Vorlage: DrS/2020/273

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Wirtschaftsplan 2021 (Anlage 1) der KOSOZ AöR zur Kenntnis und stimmt diesem zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.11 Neufassung der Organisationssatzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise (KOSOZ AöR) Vorlage: DrS/2020/271

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Neufassung der Organisationssatzung der KOSOZ AöR in der vorgelegten Fassung (Anlage 1) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.12 Neufassung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg 2020 Vorlage: DrS/2020/297

Der Landrat teilt mit, dass zusätzlich zur Hauptsatzung auch die Geschäftsordnung des Kreistags angepasst werden müsse, um die genauen Abläufe einer digitalen Sitzung zu regeln. Derzeit gebe es jedoch kein System am Markt, das alle rechtlich erforderlichen Komponenten abbilden kann. Von Dataport werde derzeit das Programm Jitsi vorgeschlagen, dieses sei aber ab etwa 15 Teilnehmer schwer handelbar. Zudem müsse der Öffentlichkeit die Möglichkeit geboten werden, an der Sitzung teilzunehmen. Hier seien auch die Einwohner zu berücksichtigen, die nicht über die technischen Möglichkeiten verfügen. Zum anderen müsste sichergestellt werden, dass die Öffentlichkeit im nichtöffentlichen Teil ausgeschaltet werden kann.

Dies alles könne nach Kenntnis des Landes derzeit keine Software abbilden. Herr Thedens ergänzt, dass eine Teilnahme bei Ausfall des Wlans nicht möglich sei. Herr Köppen gibt zu bedenken, dass ggf. die Rechtssicherheit der Beschlüsse in Frage stehen könnte. Herr Evermann schlägt vor, die Änderung der Geschäftsordnung im Kreistag am 3.12.2020 ebenfalls zu beschließen, damit bei Vorliegen einer Software direkt gestartet werden könne.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Neufassung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.13 Änderungsliste zum Haushalt 2021

Frau McGregor erklärt den Aufbau und den Inhalt der Änderungsliste. Die Positionen ergeben sich fast ausschließlich aus den vorgelagerten Fachausschussberatungen. In der Zusammenfassung (letzter Teil der Änderungsliste) ist festgestellt, dass

- der Ergebnishaushalt nunmehr mit einem Überschuss von rd. 9 Mio. EUR abschließt,
- der Saldo aus Investitionstätigkeit sich auf rd. 39 Mio. EUR erhöht,
- der Kreditbedarf sich auf rd. 25,3 Mio. EUR reduziert und
- die Nettoneuverschuldung nunmehr rd. 21,6 Mio. EUR beträgt.

Frau McGregor führt außerdem aus, dass in den Jahren der Mittelfristplanung ebenfalls Überschüsse erwartet werden, so dass eine Haushaltsgenehmigung durch das Land nicht erforderlich wird.

Unter Berücksichtigung des aus heutiger Sicht wahrscheinlichen Ist-Schuldenstandes zum 31.12.2020 würde die Verschuldung einschließlich der neuen Nettoneuverschuldung zum 31.12.2021 rd. 42 Mio. EUR betragen.

Herr Dieck fragt nach, warum unter Position 32 noch Mittel für die Strangsanierung der Jugendakademie eingestellt seien, obwohl die Maßnahme bereits abgeschlossen sei. Weiter teilt er mit, dass der eingestellte Betrag unter Position 45 (Ankauf Bürogebäude) nicht mit dem Beschluss zum Ankauf übereinstimmen würden. Herr Schrenk sagt eine Beantwortung im Kreistag und zum Protokoll zu.

Mitteilung der Verwaltung:

Position Nr. 32 – Strang-/Grundsanierung Jugendakademie: Das Geld wird für die Abrechnungen der Strangsanierung im Jahr 2021 benötigt.

Position Nr. 45 – Bürogebäude. Bei dem Betrag von € 1.275.000 handelt es sich um die Erwerbskosten, die noch in 2021 fällig werden. Die Investitionssumme von 225.000 € für die bauliche Inbetriebnahme sowie IT- und Büroausstattung werde dagegen erst 2022 benötigt. Dies entspricht der Zeitplanung und der Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der DrS/2020/265.

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.1 Sachstand Oktober 2020 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2016/2017, 2014/2015, 2012/2013 Vorlage: DrS/2020/290

Frau Lessing wünscht im nächsten Jahr einen Sachstandsbericht zum Programm „Mach“.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Herr Kowitz fragt nach dem Sachstand bezüglich des Antrags der CDU-Fraktion auf eine Förderrichtlinie zur Stützung von gastronomischen Treffpunkten mit Musik und/oder kulturellen Veranstaltungen im Kreis Segeberg. Der Landrat berichtet, dass am Nachmittag eine Videokonferenz mit Herrn Wrage, einem Vertreter des Wirtschaftsministeriums, Herrn Schrenk und Frau McGregor stattgefunden habe. Es konnten viele Fragen geklärt werden, allerdings sei noch zu klären, wer begünstigt werden könne, um eine rechtssichere Richtlinie schaffen zu können. Bisher seien keine Fälle bekannt und auch keine von der CDU-Fraktion gemeldet worden, die derzeit aufgrund einer bestehenden Lücke keine Landes- oder Bundesförderung erhalten. Nach wie vor sei die Hauptfrage, wo der Kreis noch eine bestehende Lücke durch eine Förderung schließen könne. Es müsse unbedingt eine Überkompensation vermieden werden und alle anderen bestehenden Förderungen seien vorrangig zu beantragen. Herr Wrage sei bereit, hier zu unterstützen. Die Mittel stünden auf der Änderungsliste, so dass nach Fertigstellung der Förderrichtlinie die Auszahlungen getätigt werden könnten. Die Fertigstellung einer rechtssicheren Richtlinie zur Kreistagssitzung sei aufgrund der genannten erforderlichen Prüfungen jedoch ausgeschlossen. Herr Wrage ergänzt, dass die Prüfung der Anrechenbarkeit der Kreisförderung auf die Förderungen von Bund und Land der wichtigste und schwierigste Punkt sei. Es mache keinen Sinn, 10.000 € an die Gastwirte auszuzahlen, die nach Prüfung wieder an Land oder Bund erstattet werden müssen.

Herr Kowitz schlägt vor, im Januar eine Sondersitzung zur Beschlussfassung durchzuführen. Auf Nachfrage von Herrn Evermann erklärt der Landrat, dass der eingereichte Richtlinienentwurf der CDU-Fraktion noch nicht beschlussreif sei und die Verwaltung noch eine rechtssichere Förderrichtlinie ausarbeite, die zu einem späteren Zeitpunkt –ggf. in einer Sondersitzung– beschlossen werde. Herr Evermann schlägt alternativ vor, die Kulturfördermittel für 2021 stark zu erhöhen, um viele Veranstaltungen möglich zu machen. Dies würde auch die Saalbetriebe unterstützen und wäre auf keine Bundes- oder Landesförderung anrechenbar.

Herr Köppen fasst zusammen, dass die Notwendigkeit der Förderung von allen gesehen und mitgetragen werde. Wichtig sei die Bereitstellung der Gelder und ein schnellstmöglicher Beschluss über die Förderrichtlinie. Er schlägt vor, die Beschlussfassung auf den Hauptausschuss zu übertragen. Der Kreispräsident schlägt vor, einen Beschlussvorschlag für den Kreistag zu formulieren.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Es gibt keine Anregungen für die nächste Sitzung.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 8.1 Bekanntgabe des nichtöffentlich gefassten Beschlusses

Die Vorsitzende gibt den nichtöffentlich gefassten Beschluss bekannt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Verkauf der Immobilie „Flugplatz Wahlstedt“ an den Luftsportverein Kreis Segeberg e. V. wie beschrieben vorzubereiten und umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird die Ausschüsse über den Verlauf der Aktivitäten jeweils unterrichten.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)